Luxemburg

DANIELLE BOSSAERT

Die Europapolitik der aus den Parlamentswahlen vom Juni 1999 hervorgegangenen neuen Koalition zwischen den Christlich-Sozialen (CSV) und den liberalen Demokraten (DP) war geprägt durch Kontinuität und das Festhalten an dem engagierten, stark pro-integrationistischen Kurs der vorigen christlich-sozialistischen Koalition, die das Land 15 Jahre regierte. Die personellen Veränderungen wie an der Spitze des Außenministeriums – die liberale Politikerin Lydie Polfer wird die Nachfolgerin des langjährigen sozialistischen Außenministers Jacques Poos – hatten keinerlei Auswirkungen auf die Prioritätensetzung und die konstruktive Haltung Luxemburgs in der Europäischen Union zur Folge. Dies hängt damit zusammen, dass kaum ein Politiker im Großherzogtum eine realistische Alternative zu der die weitere Integration fördernden EU-Politik auch nur in Erwägung ziehen würde und ein außerordentlicher Grundkonsens sämtlicher gesellschaftlicher Kräfte hinsichtlich der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verfolgten Europapolitik besteht.

Im Hinblick auf die Erweiterung der Union um bis zu zwölf Staaten bestand eine Hauptsorge der alten und neuen Regierung darin, mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich die EU in eine „gehobene Freihandelszone"[1] zurückentwickelt und den bisherigen Integrationsprozess in Frage stellen könnte. Der unumwundene Einsatz des seit 1995 amtierenden Premierministers Jean-Claude Juncker (CSV) für die planmäßige Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zum 1. Januar 1999, das klare Bekenntnis für die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit von beitrittswilligeren und beitrittsfähigeren Mitgliedstaaten während der Regierungskonferenz 2000 wie auch das entschiedene Eintreten der Regierung für den Ausbau der sozialen Dimension der EU[2] unterstreichen diese Schwerpunktsetzung. Während des Berichtszeitraums wurde die europapolitische Tagesordnung des kleinsten Mitgliedstaates (435.000 Einwohner) hauptsächlich noch von zwei weiteren Fragestellungen bestimmt, bei denen es seinen Standpunkt unmissverständlich darlegte. Das erste Thema, das immer wieder im Mittelpunkt der EU-Finanzministerräte stand und das auch beim Gipfel von Helsinki zur Sprache kam, betrifft den Richtlinienentwurf über eine EU-weite Kapitalertragssteuer, die sich natürlich als besonders sensibel für einen kleinen Staat wie Luxemburg entpuppen kann, dessen wirtschaftlicher Wohlstand zu einem erheblichen Teil auf dem Finanzsektor beruht.[3] Die Regierung und vor allem der Finanzminister Jean-Claude Juncker bemühten sich in diesem überaus heiklen Dossier zur Findung einer Kompromisslösung, welche einerseits die Interessen des heimischen Finanzsektors berücksichtigt und gleichzeitig für die anderen EU-Partner akzeptabel ist. Luxemburg

zeigte sich insofern sehr konstruktiv bei der Frage nach der Steuerharmonisierung, indem es sogar die Einführung einer 10-prozentigen Abgeltungssteuer vorschlug. Nur in einem Punkt sah die Luxemburger Regierung in ihrem Standpunkt keinen Spielraum. Als Großbritannien nämlich beim informellen Treffen der EU-Finanzminister in Lissabon die Abschaffung des Bankgeheimnisses mit einem gegenseitigen Informationsaustausch der Steuerbehörden verlangte und somit vom 1997 beschlossenen Koexistenzmodell[4] abrückte, reagierte Luxemburg zunächst mit äußerster Zurückhaltung, bis dann auf dem Gipfel von Feira im Juni eine für alle akzeptable Lösung gefunden werden konnte. Ein zweites Thema von ebenfalls wesentlicher Bedeutung für den kleinsten Mitgliedstaat, betraf die mögliche Revision der jetzigen großzügigen Vertretung der kleinen Mitgliedstaaten in Kommission, Rat und Parlament. Bei den anderen wesentlichen, die europäische Tagesordnung prägenden Themen wie der Agenda 2000 und dem Krieg im Kosovo stand Luxemburg ganz hinter den von der EU getroffenen Entscheidungen. Eine weitere wichtige Maßnahme Luxemburgs, welche die Solidarität mit den anderen Mitgliedstaaten unterstreicht, betrifft die Erhöhung der finanziellen Mittel für Verteidigungszwecke über die nächsten fünf bis sechs Jahre von gegenwärtig 0,9% auf deutlich mehr als 1,2% des BIP sowie die Aufstockung des militärischen Ausstattungsprogramms.[5]

Der Euro: die Stärkung der monetären Souveränität Luxemburgs

Die von Premierminister Jean-Claude Juncker als „gelungene Welturaufführung"[6] bezeichnete Einführung des Euro am 1. Januar 1999 markierte besonders für Luxemburg, das sich seit 1922 in einer Währungsunion mit Belgien befindet und somit auf die volle Ausübung seiner monetären Souveränität verzichtete, ein historisches Datum. Im Jahre 1992 umschrieb der damalige Premierminister Jacques Santer die Bedeutung der WWU für Luxemburg derart, dass es nunmehr zu einem Partner mit gleichen Rechten in einer Union wird, die eine gemeinsame Währung verwaltet und eine gemeinsame Geldpolitik definiert.[7] Somit verfügt es wegen der gleichberechtigten Vertretung im Direktorium der Europäischen Zentralbank über wesentlich mehr Mitspracherechte, als es wahrscheinlich jemals zuvor ausübte. Der Euro zeugte keinerlei Ängste vor der Abtretung währungspolitischer Souveränität, sondern sein Vorstoß wurde im Gegenteil als wichtige Etappe auf dem Weg zur notwendigen Vertiefung der EU gesehen. In den letzten Jahren hatte sich auf europäischer Ebene insbesondere der Premier- und Finanzminister Juncker mit Hartnäckigkeit und Durchhaltevermögen für die Einhaltung des WWU-Zeitplans eingesetzt. Wie bereits 1998, hatte das reiche Luxemburg auch 1999 keinerlei Probleme damit, die Konvergenzkriterien einzuhalten. Mit hoher Zufriedenheit stellte der Rat insbesondere fest,[8] dass sich die öffentlichen Finanzen weiter verbessert hatten und die im ursprünglichen luxemburgischen Stabilitätsprogramm festgelegten Ziele sogar noch übertroffen wurden. Die überaus günstige wirtschaftliche Entwicklung 1999 spiegelt sich auch darin wieder, dass Luxemburg im gleichen Jahr ein Wirtschaftswachstum von 5% aufwies, während die Arbeitslosenrate 2,9% betrug und 11.500 neue Arbeitsstellen (5,3%) gegründet werden konnten.[9]

Das Superwahljahr 1999

Zwischen Juni und Oktober 1999 waren die luxemburgischen Wähler und Wählerinnen gleich dreimal zur Teilnahme an National-, Europa- und Kommunalwahlen aufgerufen. Da im Großherzogtum Wahlpflicht besteht, war die Beteiligung entsprechend hoch (bei den Europawahlen: 85,8% im Vergleich zu 88,5% im Jahre 1994).[10] Doch im Vergleich zu den Nationalwahlen spielten sich letztere eher an einem Nebenschauplatz ab, ohne auf ein wahrnehmbares Interesse in der öffentlichen Meinung zu stoßen.[11] So wurden die am gleichen Tag stattfindenden Europawahlen von nationalen Themen überschattet. Dies hängt sehr eng damit zusammen, dass europäische Fragestellungen in Luxemburg sehr konsensorientiert sind und daher als Wahlkampfthemen kaum spannenden Streitstoff bieten. Im Zentrum des Interesses bei den Europawahlen stand vor allem die Frage, wie die beiden prominentesten Kandidaten, der ehemalige Kommissionspräsident Jacques Santer (CSV) und der langjährige Außenminister Jacques Poos (LSAP), abschneiden würden. Es war denn auch wenig überraschend, dass beide Spitzenpolitiker einen Sitz im Europäischen Parlament erringen konnten. Im Vergleich zu 1994 bot das Wahlresultat keine Veränderungen und sämtliche repräsentativen Parteien sind wiederum vertreten: Die Christlich-Sozialen (CSV) mit zwei Sitzen, die Sozialisten (LSAP) mit zwei Sitzen, die Demokraten (DP) mit einem Sitz und die Grünen mit einem Sitz. Demgegenüber sorgten die hohen Gewinne der liberalen Demokraten und die beträchtlichen Verluste der Sozialisten nach 15-jähriger Regierungsbeteiligung bei den nationalen Wahlen für einen Koalitionswechsel. Nachdem die Demokraten seit 1984 die Oppositionsbank drückten, ersetzen sie die Sozialisten seit Juni 1999 in einer Koalition mit den Christlich-Sozialen. Doch angesichts der hohen Konvergenz der großen politischen Parteien Luxemburgs zu den wichtigsten Themen sowie der Führungsposition der CSV unter Jean-Claude Juncker innerhalb der Koalition, hatte dieser Umschwung bisher weder innen- noch außenpolitisch einen merkbaren Kurswechsel zur Folge.

Die Vorbereitung der Regierungskonferenz 2000

Im Vorfeld der Regierungskonferenz 2000 betrachtete es die luxemburgische Regierung als wichtig, ihre Positionen zu den drei 'left-overs' von Amsterdam – Größe der Kommission, Neugewichtung der Stimmenverteilung im Rat, Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit – nicht nur in einem nationalen Memorandum festzulegen, sondern parallel dazu auch in einem gemeinsamen Papier mit seinen beiden Benelux-Partnern, Belgien und den Niederlanden. Besonders in den letzten Jahren legte Luxemburg neben einer intensiveren Pflege der bilateralen Beziehungen mit seinen anderen EU-Partnern auch wiederum mehr Wert auf die Reaktivierung der politischen Benelux-Zusammenarbeit, wie das gemeinsame Positionspapier zum außerordentlichen Gipfel von Tampere über die dritte Säule oder auch die regelmäßig stattfindenden Abstimmungen vor wichtigen europäischen Entscheidungen verdeutlichen. Dieser erneut engere Austausch[12] ist auf das Bestreben zurückzuführen, die Visibilität Luxemburgs in einer zunehmend hetero-

generen EU zu stärken, wie auch auf den Willen, den europäischen Integrationsprozess weiter voranzutreiben und mit den beiden anderen Gründungsmitgliedern eine Art Motorfunktion zu übernehmen. Eine Kernaussage dieses gemeinsamen Benelux-Papiers zur Regierungskonferenz besteht darin, die vom Amsterdamer Vertrag eingeführte Flexibilitätsklausel weiter auszubauen, damit die integrationswilligen und -fähigen Mitgliedstaaten schneller voranschreiten können.

Das vielleicht sensibelste Thema für Luxemburg auf der EU-Agenda betrifft die zukünftige Vertretung der Mitgliedstaaten in den EU-Institutionen. Hier setzt sich die Regierung mit Entschlossenheit dafür ein, dass auf der Grundlage des Gleichheitsprinzips weiterhin alle Staaten gleichberechtigt in allen Institutionen vertreten sein müssen. Sie hält eisern an dem Recht eines jeden Staates fest, einen gleichberechtigten Kommissar stellen zu können, während sie sich im Gegenzug kompromissbereit bei der Neuordnung der Stimmengewichtung im Rat zeigt.[13] Insgesamt wenden sich sämtliche politischen Kräfte in dem kleinsten Mitgliedstaat energisch gegen jegliche Versuche von Seiten der großen Mitgliedstaaten, die Mitspracherechte und damit auch die Mitgestaltungsrechte der Kleinen zurückzustutzen. In diesem Kontext ist natürlich auch in Betracht zu ziehen, dass der von dem jetzigen Institutionengefüge ausgehende Minderheitenschutz weiterhin unerläßlich ist, da streng bevölkerungsproportionale Mitspracherechte wegen der heterogenen Struktur der Mitgliedstaaten, insbesondere was ihre Einwohnerzahl betrifft, für Kleinstaaten nicht akzeptabel sein können.[14]

Anmerkungen

1 Interview mit dem Premierminister Jean-Claude Juncker, in: Luxemburger Wort v. 12.09.1999.
2 So hat Luxemburg zum Beispiel beim Gipfel von Köln im Juni 1999 die Einführung eines Mindestlohnes vorgeschlagen, desgleichen trat Luxemburg auch bei der letzten intergouvernementalen Konferenz, die zum Vertrag von Amsterdam führte, entschieden für die Stärkung der sozialen Dimension der EU ein.
3 Im Jahre 1998 umfasste der Banken- und Versicherungssektor 20,7% der Bruttowertschöpfung des Landes. Statec.
4 Nach diesem unter luxemburgischem Ratsvorsitz verabschiedeten Modell können die Mitgliedstaaten zwischen der Einführung einer Quellensteuer und der Auskunftspflicht wählen.
5 Zitiert nach Luxemburger Wort v. 11.05.2000.
6 ebd.
7 Regierungserklärung zur Ratifizierung des Maastrichter Vertrages.
8 Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Luxemburgs für 1999-2003.
9 http://www.gouvernement.lu/gouv/fr/doss/economie/index.html
10 Smart, Michael: Luxembourg: The National Elections of 13 June 1999, in: West European Politics, Vol. 23, No 1 (2000), S. 165.
11 Dies wird auch daran deutlich, dass die pressebeherrschenden Themen kurz vor der Wahl fast ausschließlich nationale Themen wie die Rentenpolitik, Sozialpolitik, Schulpolitik usw. waren, während diskussionswürdige europäische Fragestellungen so gut wie gar nicht kontrovers diskutiert wurden.
12 Diese Reaktivierung von Benelux stützt sich natürlich auch zu einem Teil auf das gute persönliche Verhältnis zwischen den Premierministern der drei Staaten.
13 Die luxemburgische Regierung erklärt sich im nationalen Positionspapier einverstanden mit der Einführung einer doppelten Mehrheit (einfach oder qualifiziert) der Mitgliedstaaten und der Bevölkerung. Aide-mémoire du gouvernement luxembourgeois sur la Conférence intergouvernementale 2000.
14 Emmert Frank, Danielle Bossaert, Die Stellung der Kleinstaaten in der Europäischen Union, in: Cottier Thomas, Alwin R. Kopse (Hrsg.), Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union, Zürich 1998, S. 129.